

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1912

129 (11.5.1912) 2. Blatt

Volkswirtschaftliche Beilage.

Der oberbadische Tabakbau.*

Die Aufgabe, die sich der Verfasser gestellt hat, ein zuverlässiges Bild von dem Umfang, der Art und der Bedeutung des Tabakbaues im oberbadischen Anbaugebiet, d. h. den Landesteilen südlich vom Amtsbezirk Baden bis zum Amtsbezirk Müllheim zu geben, ist in der vorliegenden Arbeit in vorzüglicher Weise gelöst.

Der eigentlichen Darstellung der heutigen Verhältnisse des Tabakbaues ist eine geschichtliche Einleitung vorausgeschickt, die, auf gründlichem Studium der Quellen beruhend, einen wertvollen Beitrag zur heimischen Wirtschaftsgeschichte darstellt. Hieran schließt sich an eine Darstellung der geographischen Verbreitung und des Umfangs des Tabakbaues in Oberbaden in neuerer Zeit. Hiernach waren im Jahre 1909 in diesem Anbaugebiet in 169 Gemeinden 3021 Hektar mit Tabak angepflanzt. Diese Zahl allein gibt schon einen Begriff von der volkswirtschaftlichen Bedeutung, den dieser Zweig der Landwirtschaft für das in Betracht kommende Gebiet hat.

Es folgt eine Darstellung der Produktions- und Absatzverhältnisse und sodann eine Würdigung der Maßnahmen zur Verbesserung des Tabakbaues und eine Besprechung der Aufgaben für seine weitere Förderung. Mit Recht wird hier der Tätigkeit der Tabakbauvereine und einem weiteren Ausbau dieser Organisationen besondere Bedeutung beigegeben.

Bemerkenswert sind die Ausführungen des Verfassers über die Besteuerung des inländischen Tabaks und ihren Einfluß auf die Produktions- und Rentabilitätsverhältnisse. Der Verfasser stellt zwar fest, daß die bisherige Spannung zwischen Steuer und Zoll, also der heutige Zollsatz in Oberbaden einen Aufschwung der Tabakproduktion ermöglichte, wie er in keinem anderen Anbaugebiet Deutschlands zu finden ist, daß aber ein höherer Zollsatz im oberbadischen Anbaugebiet eine namhafte Zunahme der Anbaufläche nicht mehr zur Folge haben würde, während andererseits zu berücksichtigen ist, daß die deutsche Zigarrenindustrie eine nennenswerte Erhöhung des Zollsatzes kaum mehr ohne schwere Schädigung ertragen könnte.

Als eigentlicher Kernpunkt der Arbeit folgt sodann an der Hand eines reichen statistischen Materials eine eingehende Würdigung der privat- und volkswirtschaftlichen Bedeutung des oberbadischen Tabakbaues.

Das Ergebnis seiner Untersuchungen faßt der Verfasser im Schlußwort kurz dahin zusammen: „Der Tabakbau im badischen Oberland nimmt seit Jahren in Deutschland die führende Stellung ein. Das Produkt ist gefragt, weil es zur Fabrikation der billigeren Zigarrensorten, die den Hauptkonsum ausmachen, gut verwendbar ist. Die neueste Steuererhebung ist dem brauchbaren deutschen Zigarrengut nicht nachteilig. Die natürlichen Bedingungen zur Produktion sind gegeben, weitere Fortschritte sind erreichbar, weil die Bevölkerung im Anbaugebiet kapitalträchtig ist. Die Durchschnittserträge sind höher als in den meisten übrigen deutschen Anbaugebieten. Auch die Betriebsverhältnisse sind für den Tabakbau günstig.“ Diese Momente lassen es gerechtfertigt erscheinen, daß alle maßgebenden Faktoren der Hebung und weiteren Förderung dieses wichtigen Produktionszweiges fortgesetzt ihre ernste Aufmerksamkeit zuwenden. Der Verfasser gibt beachtenswerte Anregungen, in welcher Richtung dies am zweckmäßigsten geschehen sollte.

Amtmann Dr. Fecht, Karlsruhe.

Die endgültigen Ergebnisse der Viehzählung vom 1. Dezember 1911.

Die alljährliche Ermittlung des Viehbestandes, die für die Beurteilung der Entwicklung der Viehzucht und der zukünftigen Gestaltung der Fleischversorgung so außerordentlich wichtig ist, erfolgt in Baden seit 1868 regelmäßig zu Anfang Dezember jeden Jahres. Die Ergebnisse der Zählung vom 1. Dezember 1911 sind folgende: Pferde 73 954, Esel, Maulesel und Maultiere 267, Rindvieh 634 046, Schafe 40 885, Schweine 500 908, Ziegen 127 834, Bienenstöcke 113 485, Federvieh 2 809 703, Gänse 72 512, Kaninchen 140 165. Die Zahl der Ziegen hat sich von 1910 auf 1911 um 4103 Stück vermehrt. Die Zunahme betrifft die beiden Geschlechter und die einzelnen Altersstufen ziemlich gleichmäßig, so daß für die Folge ein weiterer Aufschwung der Ziegenzucht, die sich, abgesehen von einer unbedeutenden Verringerung im Jahr 1909, in den letzten 10 Jahren als einziger Zweig der Ruktierzucht andauernd und gleichmäßig gehoben hat, zu erwarten ist. Das Federvieh hat sich um 30 297 Stück vermehrt. Die Zunahme betrifft aber nur die Gänse und Truthühner, während sich die Zahl der Hühner um 5,0 Prozent, der Enten um 3,4 Prozent und der Tauben um 0,4 Prozent verringert hat. Auch bei den Bienenstöcken ist eine Vermehrung um 2670 Stück zu verzeichnen. Von den Bienenstöcken sind 102 519 Stück mit beweglicher Einrichtung (Dzierzon usw.) versehen.

Mit der Viehzählung vom 1. Dezember ist wieder eine Ermittlung der Hauschlachtungen, d. h. der nicht gewerblichen Schlachtungen, die der Schlachtvieh- und Fleischbesaufung nicht

* Der oberbadische Tabakbau und seine wirtschaftliche Bedeutung. Von Dr. Heinrich Cassinger, Groß. Steuerkommissar in Rengingen. 1912. G. Braun'sche Hofbuchdruckerei und Verlag.

unterliegen, verbunden gewesen. Während der Zeit vom 1. Dezember 1910 bis 30. November 1911 wurden zum häuslichen Gebrauche im Großherzogtum geschlachtet: 1081 Kälber, 104 Jungrinder, 498 Kühe, 66 Färren, 99 Ochsen, 688 Schafe, 207 088 Schweine und 17 897 Ziegen. Wird nach den vom Kaiserlichen Gesundheitsamt ermittelten Durchschnittsschlachtgewichten eine Berechnung der hierdurch gewonnenen Fleischmenge vorgenommen, so beträgt diese 18 139 098 Kilogramm. Es trifft somit im Jahr 1911 bei einer mittleren Bevölkerungsanzahl von 2 158 663 auf Grund der Hauschlachtungen im Großherzogtum 8,40 Kilogramm Fleisch auf den Kopf, gegen 8,29 Kilogramm im Jahr 1910, 8,18 Kilogramm im Jahr 1909, 8,33 Kilogramm im Jahr 1908 und 9,3 Kilogramm im Jahr 1907.

Der Viehbestand hat im Jahr 1911 bei den meisten Ruktiergattungen zugenommen, nur bei den Pferden, Schafen, Schweinen und Kaninchen ist eine Abnahme eingetreten. Besonders erfreulich ist die wenn auch geringe Zunahme des Rindviehbestandes, da wegen der ungenügenden Futterernte und wegen der Folgen der Maul- und Klauenseuche auf eine weitere Abnahme des seit dem Jahr 1907 andauernd im Rückgang begriffenen Viehbestandes zu rechnen war. Bei Berücksichtigung der einzelnen Altersklassen ergibt sich folgendes Bild: Seit der letzten Zählung betrug die Abnahme für Kühe 5331 Stück, Rinder und Kalbinnen von 2 Jahren und darüber 1016 Stück, Ochsen 1306 Stück, Kälber 4043 Stück; die Zunahme für Färren von 2 Jahren und darüber 77 Stück, Färren von 1 bis 2 Jahren 720 Stück, Rinder und Kalbinnen von 1 bis 2 Jahren 1693 Stück, Jungochsen 2926 Stück, Jungvieh von über 3 Monaten bis 1 Jahr 7607 Stück. Diese Zahlen stimmen im wesentlichen mit den früher mitgeteilten vorläufigen Ergebnissen der Viehzählung (Statistische Mitteilungen, Jahrgang 1911, Dezemberheft) fast völlig überein. Es ist deshalb auch keine Änderung der damals gezogenen Schlussfolgerungen erforderlich.

Ein erheblicher Rückgang ist bei den Schafen zu verzeichnen. Diese haben um 6,7 Prozent abgenommen. Die Zahl der Pferde ist wie in den letzten Jahren ebenfalls wieder zurückgegangen. Die Abnahme ist aber nur unerheblich. Ebenso hat sich gegenüber dem Vorjahr die Zahl der Kaninchen verringert. Unter den Ruktiergattungen, bei denen ein Rückgang eingetreten ist, ist die Abnahme der Zahl der Schweine von größter Bedeutung. Diese haben sich seit der letzten Zählung um 14 413 Stück verringert. Es betrug die Abnahme bei den Zucht- und Sprungschweinen 32 Stück, bei den Zucht- und Mutter-schweinen 3726 Stück, bei den sonstigen, nicht zur Zucht verwendeten Schweinen über 1 Jahr 808, bei den unter 1/2 Jahr alten Ferkeln 10 692. Hiergegen haben die 1/2 Jahr bis unter 1 Jahr alten Schweine um 845 Stück zugenommen.

Ausbildung in der Säuglingspflege.

Die Wichtigkeit der Säuglingsfürsorge ist heute überall anerkannt und der Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit zählt zu den großen sozialen Aufgaben, mit deren Lösung sich schon eine Reihe von ernstgesinnten und hochgebildeten Männer und Frauen beschäftigt haben. Um aber wirksam hier mitarbeiten zu können, wogu manches junge Mädchen die Neigung in sich verspürt, bedarf es nicht nur guten Willens und Liebe zur Sache, sondern eine Summe von Kenntnissen und Erfahrungen, die nur erlangt werden können durch ernste und umfassende Schulung, durch Spezialunterricht und praktische Übung. Selbst eine tüchtige Krankenschwester ist ohne besondere Vorbereitung zur Arbeit in der Säuglingsfürsorge nicht befähigt.

Die Abteilung III des Badischen Frauenvereins hat deshalb, der Anregung seiner Protoktorin, der Großherzogin Luise, folgend, die Absicht, Kurse zur Erlernung der Säuglingspflege ins Leben zu rufen und richtet an Frauen und Mädchen, die den Schwereberuf ergreifen wollen, aber doch vielleicht vor den Anforderungen der allgemeinen Krankenpflege zurückzubleiben, die Aufforderung, sich für diesen speziellen Zweig der Schwereberufstätigkeit anzumelden.

Da der Eintritt unter denselben Bedingungen wie bei den übrigen Schülerinnen der Krankenpflege oder des Haushaltes stattfindet, so ist der Unterricht unentgeltlich und umfaßt in einem Jahreskurs die theoretische und praktische Ausbildung im Wächnerrinnenamt des Mutterhauses der Schwestern des Badischen Frauenvereins, in der Milchküche und in der Krippe des Badischen Frauenvereins, sowie in den Kinderabteilungen der mit ihm in Verbindung stehenden Krankenhäusern.

Der Eintritt kann sofort oder später stattfinden und die Anmeldungen sind zu richten an den Vorstand der Abteilung III des Badischen Frauenvereins, Gartenstraße 49, wo schriftlich und mündlich jede gewünschte Auskunft erteilt wird und die Anmeldeformular und Aufnahmebedingungen zu haben sind.

Die Ergebnisse der Freiburger Voranschlagsberatungen.

E. Der Voranschlag für das Jahr 1912 ist glücklich unter Dach und Fach gebracht. Der Bürgerausschuß brauchte zur Beratung des umfangreichen Etats nicht weniger als 8 Sitzungen, welche nicht selten 4-5 Stunden dauerten. Der Grundton der Verhandlungen war auf „Sparsam“ gerichtet. Außer der Ansehenspolitik wurden die übrigen Gebiete der städtischen Finanz- und Wirtschaftspolitik eingehend behandelt: die Steuerverhältnisse, die in der letzten Zeit in der Presse vielörterte Frage der Veranziehung von Industrie nach Freiburg, die Einführung von Kanalbenutzungs- und Müllabfuhrgebühren, die städt. Forstwirtschaft, die Beschaffung von billiger elektrischer Kraft aus einem Obersee- oder sonstigen Kraftwerk, die Schwanenland- und Schloßbergbahn, sowie die Erweiterung der städtischen elektrischen Straßenbahn, die Umgestaltung der Schwabenanlagen und des alten Theatergebäudes (Augustinerkirche) zu einem Sammlungsgebäude, die Wohnungsfrage (Errichtung einer weiteren Serie von kleinen Mietwohnungen durch die Stadt und eines Wohnungsnachweises), das Volksschulwesen, die Verabreichung von warmem Frühstück an arme Schulkinder, die Einführung von Zeitkarten auf der städtischen Straßenbahn, Krematoriumsbau, Stadttheater und Nieselgut usw.

Auf Anregung der Bürgervereinsleitung, sowie der Grund- und Hausbesitzergruppe, welche gegenwärtig einen maßgebenden Einfluß im Stadtparlament ausüben, wurde zur Verhin-

derung einer weiteren Umlogesfeigerung die Einführung von Kanalbenutzungs- und Müllabfuhrgebühren beschlossen, welche von den Wohnungsinhabern erhoben werden sollen. Der Stadtrat soll diese Frage zunächst auf die Möglichkeit ihrer Durchführung hin prüfen und dem Bürgerausschuß seinerzeit darüber Bericht erstatten. Man hofft mittels dieser Abgaben etwa 200 000 M. neue Einnahmen für die Stadtkasse zu gewinnen.

Es wurde ferner auf Antrag der fortschrittlichen Volkspartei die Einsetzung einer gemischten Kommission beschlossen, welche Mittel und Wege für die Veranziehung von Industrie suchen und insbesondere geeignetes Gelände mit Geleisanschluß ausfindig machen soll. Bei dieser Gelegenheit hat sich der Oberbürgermeister auch mit Entschiedenheit gegen die Legende verwahrt, als ob der Stadtrat Freiburg zu einer ausschließlich Fremden-Studentenstadt habe machen wollen. In einem blühenden Handwerker-, Industrie- und Handelsstand liegt das Rückgrat für den Wohlstand der Stadt.

Der von sozialdemokratischer und fortschrittlicher Seite gestellte Antrag auf Aufhebung der vor einigen Jahren neuerrichteten Anabenbürgerschule wurde abgelehnt, weil man die weitere Entwicklung noch abwarten will. Auf allen Seiten wurde behauptet, dieselbe sei weiter nichts als eine Vorstufe für die Mittelschulen. — Das gleiche Schicksal traf den vom Hausbesitzerverein ausgegangenen Antrag auf Aufhebung des am 1. Januar d. Js. neu geschaffenen Wohnungsnachweises, welcher nur Mietwohnungen im Mietwert bis zu 500 M. vermittelt. Von allen andern Fraktionen wurde die Notwendigkeit eines paritätischen Wohnungsnachweises anerkannt. Hausbesitzerverein und Bürgervereinsleitung sind auch gegen ein weiteres Vorgehen der Stadt auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge für die minderbemittelten Bevölkerungskreise im Wege des Eigenbaus, da sie hierin eine unerbittliche Konkurrenz im Vermieten von Mietwohnungen erblicken.

Es wurde weiter ein Antrag auf Einführung von Wochenarten für die in den Vororten wohnenden Arbeiter angenommen, dagegen wurde die Einführung von Monats- und anderen Zeitarten im Hinblick auf die unmittelbar bevorstehende beträchtliche Erweiterung des städtischen Straßennetzes (Ausbau der Linien nach Herdern, Haslach, Pöthenhausen, Littenweiler usw.), welche ein Millionenprojekt darstellt und in den nächsten Jahren einen nicht unerheblichen Zuschuß aus der Stadtkasse für die Straßenbahn erforderlich macht, abgelehnt. — In einem einstimmig angenommenen Antrag wurde der Stadtrat sodann um alsbaldige Einbringung einer Vorlage über die Freilegung des Schwabentors unabhängig von der Schloßbergbahn ersucht, da die dortigen Verkehrsverhältnisse dringend einer Besserung bedürfen. Nur die unbedingt notwendigen haulichen Aufgaben sollten in den nächsten Jahren erfüllt und rentable Unternehmungen wie die Schwanenlandbahn ausgeführt werden, welche auf allen Seiten des Hauses lebhaft Zustimmung fand, während bei der Schloßbergbahn die Meinungen noch geteilt sind. Die Mehrheit schied hier einem billigen Aufzuge oder einer Drahtseilbahn vom Schwabentor nach dem Kanonenplatz — für das Projekt vom Karlsplatz nach dem Schloßberggipfel trat niemand ein — den Vorschlag zu. — Die Errichtung von neuen Schulhäusern steht in Günterstal und in der Oberwieher bevor. — Eine Sechswürdigkeit Freiburgs wird das Sammlungsgebäude werden, zu welchem das alte Theater mit den beiden angrenzenden im städtischen Besitz befindlichen Häusern umgebaut werden soll. Von einem Freiburger Architekten ist bereits ein Projekt im Stile des Germanischen Museums zu Nürnberg ausgearbeitet worden, welches einen Kostenaufwand von 1,2 Millionen Mark erfordert. — Für die schon längst geplante Badeanstalt und die Vertiefung des altverwundenen Kaufhauses, das einer zeitgemäßen Erneuerung bedarf, scheint die Stimmung noch keine bessere geworden zu sein. — Die Verhandlungen wegen Beschaffung von billiger elektrischer Kraft sind, wie der Vorsitzende mitteilte, mit den beteiligten Gesellschaften noch nicht abgeschlossen. Es liegen dem Stadtrat zurzeit verschiedene Anerbieten vor (von Mühlhausen, Laufenburg, Markolsheim und vom Murgtalprojekt), die durch die Direktion des städtischen Elektrizitätswerkes einer eingehenden Prüfung unterzogen werden. — Die Krematoriumsfrage wurde wiederholt angeschnitten. Es scheint eine Mehrheit für die Vorlage, welche nächstens an den Bürgerausschuß kommen soll, vorhanden zu sein, während sich die Zentrumspartei durchaus ablehnend verhält.

Einen breiten Raum nahmen schließlich noch die Verhandlungen über die wichtigen Voranschläge des Nieselguts Mundenhof und des Stadttheaters ein. Die Beratung über das Nieselgut leitete der Stadtverordnete Erzengel Geheimerat Bäumer mit einem sehr interessanten Vortrag über die sanitäre Bedeutung der Kanalisation und der Nieselgelanlage ein, der in der Versammlung einen nachhaltigen Eindruck hinterließ. Der Redner führte aus, daß diese Einrichtungen wohl die Stadt über 4 Millionen Mark gekostet, die gesundheitlichen Verhältnisse sich aber seit deren Beisehen ganz wesentlich gebessert hätten, indem er an der Hand von Zahlen den erheblichen Rückgang der Tuberkulose und des Unterleibsstypus in hiesiger Stadt nachwies. Die sachmännischen Darlegungen des Verwalters des Nieselguts ergänzten die Ausführungen des hervorragenden Arztes in betriebsdienlicher und wirtschaftlicher Hinsicht, so daß von keiner Seite das Gaus mehr die (vorher mehrfach in der Presse vorgeschlagene) Verpachtung des Unternehmens verlangt oder auch nur angeregt wurde. — Bei den Verhandlungen über das Theaterbudget kam eine einmütige Anerkennung der künstlerischen Leistungen unter der neuen Leitung des Direktors Dr. Legand zum Ausdruck, der sich gründlich und mit Liebe in seine schwierige Aufgabe hineingearbeitet hat. Er will bemüht sein, den vorgebrachten Wünschen und Anregungen, soweit irgend möglich, Rechnung zu tragen und auch die Frage der Einführung von Vorstellungen zu mäßigen Einheitspreisen (1,50 M. für den Mittelstand (neben den 12 Volksvorstellungen zum Einheitspreis von 50 Pfg.)), was auch als eine soziale Tat bezeichnet wurde, in wohlwollende Erwägung ziehen. Da der Besuch des Kunstinstituts in der vergangenen Spielzeit vielfach zu wünschen übrig ließ, wurde von verschiedenen Seiten, namentlich aber vom stellvertretenden Obmann, Professor Dr. Merkel, ein höflicher Appell an die wohlhabenden Kreise der Stadt gerichtet, dem Theater das Interesse entgegenzubringen, das es bei seinen hervorragenden Leistungen verdiene, zumal der aus der Stadtkasse zu gewählende Betriebszuschuß auf 336 000 M. angewachsen sei.

Die Finanzlage der Stadt ist eine durchaus befriedigende und das Gemeinwesen befindet sich in einer erfreulichen auf-

